

## Jahresbericht 2012

---



---

*Die Berner Aktionstage rücken das Thema psychische Gesundheit für elf Wochen ins Zentrum, um psychisch kranke Menschen zu entstigmatisieren. Wir wirkten aktiv im Organisationskomitee mit.*

---

## Inhalte

1	Vorwort des Präsidenten.....	3
2	Politische Themen.....	3
2.1	Umsetzung Behindertenkonzept .....	3
2.2	Strategie Sonderschulung 2010-2015 .....	4
2.3	Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit.....	4
2.4	Öffentlicher Verkehr.....	5
2.5	Arbeitsintegration .....	5
3	Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung .....	5
3.1	Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden.....	5
3.2	Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying.....	6
3.3	Öffentlichkeitsarbeit.....	6
3.4	Vernetzung mit Behindertenorganisationen .....	6
4	Interna .....	7
4.1	Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen .....	7
4.2	Vorstand .....	7
5	Dank .....	7
5.1	Mitarbeit.....	7
5.2	Finanzielle Unterstützung.....	8
5.3	Zusammenarbeitspartner .....	8

## 1 Vorwort des Präsidenten

Der Jahresbericht 2012 unserer Geschäftsleiterin deckt eine beeindruckende Fülle auf an bearbeiteten Themen, laufenden und abgeschlossenen Aktivitäten, Projekten, Vorstössen, Konferenzen und Sitzungen. Und doch ist die zurückgelegte Wegstrecke hin zu den anvisierten Zielen kürzer als es den Schilderungen nach den Anschein erwecken könnte. Und ich seufze leise: Warum dauert alles so lange? Warum kommen wir nicht schneller voran, stossen wir doch kaum auf Widerstand und Widerspruch?!

Da, wo wir tätig sind, ist nicht der Weg das Ziel, sondern das anvisierte Ergebnis. Schreit ein Ertrinkender in der reissenden Aare um Hilfe ist unsere Antwort auch nicht: "Geduld! Wir sind in der Projektphase!" Natürlich ist das keine adäquate Metapher. "Unsere" Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind nicht Ertrinkende: Sie sind mit Schwimmwesten versorgt, es droht ihnen keine unmittelbare Gefahr. Also eilt es nicht so mit dem Rausziehen aus dem Fluss. Gut Ding will Weile haben... und so fort. Zynisch bin ich nicht, ironisch schon. Und immer wieder ungeduldig.

Ich erinnere mich an Bilder meiner Jugendzeit: Zwischen Loebegge und Bubenbergplatz liefen die Schienen noch durch Rasen. In den alten Chrutzen stand der Trämeler mindestens 1 m über dem Niveau der Schiene - nichts von sitzender Tätigkeit. Drei hohe Tritte, mehr Leiter denn Treppe, hoch zur Plattform, dann durch die schmale Tür in den Wagen. Zwei lange Sitzbänke entlang der Fenster. Nicht viel anders bei den SBB. Von Rollstuhlgängigkeit und anderer Behindertenfreundlichkeit weit und breit keine Spur. Zwischen damaliger und heutiger Wahrnehmung liegen für mich 60 Jahre. Wir sind, in unseren Themenbereichen, wahrlich voran gekommen, ganz besonders in den letzten 20 Jahren und auffällig viel in den letzten 10. Mich mag das trösten. Den in der Aare Treibenden wohl kaum.

Pessimist? Nein, Realist. Und mich dünkt fair zuzugeben, dass wir nicht dort sind, wo wir gerne sein möchten und dass soziale Ungleichheiten bestehen. Und weil dem so ist, müssen wir uns gemeinsam anstrengen und engagieren, wie wir es schon lange tun und weiterhin tun wollen! Um richtig verstanden zu werden: Es finden sich weder Verantwortliche noch Schuldige für die langen, zeitraubenden Wege! Entwicklungsprozesse sind Wachstumsprozesse. Fragen wir den Gärtner! Seien wir wie Gärtner! Helfen wir mit, günstige Wachstumsbedingungen zu schaffen!

Yvonne Brütsch dankt in ihrem Jahresbericht all den Engagierten und ich schliesse mich ihr gerne an. Meine ganz besondere Anerkennung und Wertschätzung gilt aber an dieser Stelle Yvonne Brütsch und Christa Schwab. Ohne diese kompetenten, tüchtigen, durchblickenden und fleissigen Fachfrauen/Botschafterinnen bliebe die "kbk" lebloser Buchstabe auf dem Papier. Mit und wegen ihnen werden aus Postulaten Realitäten, werden aus Projekten Taten, werden aus Fragen Erkenntnisse.

*Kurt W. Meier, Präsident kbk*

## 2 Politische Themen

### 2.1 Umsetzung Behindertenkonzept

Der Grosse Rat verabschiedete in der Januar-Session den Behindertenbericht, womit die zweite Projektphase abgeschlossen war. Inhaltlich stand im 2012 die Entwicklung des **Verfahrens zur individuellen Bedarfsermittlung und Leistungsbemessung (VIBEL)** im Mittelpunkt: Brains wertete den im Herbst 2011 durchgeführten Anwendungstest aus und verfasste einen Schlussbericht. Die interkantonale Fachgruppe wirkte intensiv mit, indem sie zu Einzelfragen mögliche Lösungen diskutierte und zum Schlussbericht detaillierte Rückmeldungen gab.

Gleichzeitig plante der Kanton Bern gemeinsam mit den beiden Basel die dritte Projektphase. Zuerst werden Lücken im VIBEL geschlossen und ein vereinfachtes Instrument und Verfahren entwickelt, anschliessend soll VIBEL in Fallstudien und Pilotprojekten schrittweise weiterentwickelt werden, so dass 2018 ein validiertes praxistaugliches Instrument vorliegt. Die kbk setzte sich in der Begleitgruppe gemeinsam mit Fassis dafür ein, dass ambulante und institutionelle Angebote bei den Pilotversuchen

gleichwertig behandelt werden. Im Teilprojekt Ökonomie wird die Frage bearbeitet werden, wie der Systemwechsel gestaltet werden muss, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

Die Projektleitung will das Behindertenkonzept schrittweise, über mehrere Jahre hinweg umsetzen und dabei die wichtigen Anspruchsgruppen einbeziehen. Dementsprechend wird die kbk weiterhin in Begleit- und Arbeitsgruppen vertreten sein, um die Interessen der Menschen mit Behinderung zu vertreten. Der Vorstand setzte anfangs Jahr eine kleine Arbeitsgruppe ein, um uns auf diese Projektphase vorzubereiten. Die Arbeitsgruppe identifizierte drei zentrale Gelingensbedingungen für den Systemwechsel: Information/Sensibilisierung/Beratung, Assistenzvermittlung und Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung, die in Institutionen leben. Im September diskutierte die Arbeitsgruppe ihre Ideen mit den Mitgliederorganisationen. Als nächstes geht es darum, diese Themen zu konkretisieren und zu klären, die kbk leisten kann

## **2.2 Strategie Sonderschulung 2010-2015**

Im Sommer legte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF den Entwurf zur Sonderpädagogikverordnung vor. Die kbk kritisierte in ihrer Konsultationsantwort deren Grundausrichtung; denn es ist vorgesehen, dass die integrative Schulung weiterhin die Ausnahme bleiben soll. Aus unserer Sicht widerspricht dies dem Behindertengleichstellungsgesetz, welches die Kantone beauftragt, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Regelschule zu fördern. Wir bedauern es sehr, dass die beiden zuständigen Direktionen es verpassten, vorgängig ein Sonderpädagogikkonzept zu entwickeln, das auf einem ganzheitlichen Verständnis von Behinderung basiert und auf die Chancengleichheit, die rechtliche Gleichstellung und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung ausgerichtet ist.

Mit unserer deutlichen Stellungnahme wollten wir die Diskussion um die Ausrichtung des Sonderpädagogikkonzepts beeinflussen. GEF und Erziehungsdirektion (ERZ) setzen sich nämlich anfangs 2013 mit der Frage auseinander, ob der schulische Teil der Sonderpädagogik in Zukunft im Volksschulgesetz geregelt werden oder weiterhin zwei geteilt bleiben soll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Sonderpädagogik Teil der Volksschule wird, wie dies im Sonderpädagogikkonkordat vorgesehen ist.

## **2.3 Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit**

*Christa Schwab*

Anfang Februar trat Christa Schwab, die neu geschaffene 60%-Stelle als Mitarbeiterin Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit an. Sie ist für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Bernischen Aktionsbündnisses Psychische Gesundheit zuständig. Das Aktionsbündnis will Betroffene, Angehörige und Fachpersonen vernetzen sowie die Politik für die Bedeutung der psychischen Gesundheit sensibilisieren und für die Weiterentwicklung der Psychiatrieversorgung gewinnen.

Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit stiess von Beginn an auf grosses Interesse und der Wille Synergien zu schaffen und die Kräfte gemeinsam für eine zeitgemässe Psychiatrieversorgung zu bündeln, welche sich in einem patientenfreundlichen System am Patienten orientiert, scheint vorhanden zu sein. Aber ist der politische Wille auch vorhanden? Mit der Bewilligung des Budgets 2013 ist der Grosse Rat nicht vom Sparkurs abgewichen und hat die umstrittenen Sparmassnahmen in der Psychiatrieversorgung wider besseres Wissen gutgeheissen, obwohl dadurch die Strategie „ambulant vor stationär“ gefährdet ist und möglicherweise sogar mehr Betroffene stationär behandelt werden müssen. Umso wichtiger ist die Interessenvertretung der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen gegenüber der Politik.

Im Berichtsjahr wirkten wir in der Begleitgruppe des Radio loco-motivo, im Plenum der Nationalen Sensibilisierungskampagne und im Organisationskomitee der Berner Aktionstage Psychische Gesundheit aktiv mit. Die Berner Aktionstage Psychische Gesundheit fanden vom 3. September bis am 16. November erstmals statt. 15 Organisationen und Institutionen beteiligten sich, das Programmheft umfasste rund 50 Veranstaltungen, welche im ganzen Kanton stattfanden. Die Berner

Aktionstage rücken das Thema psychische Gesundheit für elf Wochen ins Zentrum. Ziel ist die Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen.

## 2.4 Öffentlicher Verkehr

Mitte Jahr schloss die SBB das Vorprojekt zum Ausbau des Bahnhofs Bern ab. Wir führten zwei Gespräche mit der Projektleitung und den zuständigen Fachleuten der SBB. Sie informierten uns über das Vorprojekt und wir konnten erste Anregungen für die behindertengerechte Gestaltung des Bahnhofs Bern einbringen. In Gesprächen mit dem Amt für öffentlichen Verkehr sind wir übereingekommen, dass die Behindertenorganisationen im Planungsprozess „Zukunft Bahnhof Bern“ in beratender Funktion mitwirken sollen. Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, mit diesen beiden zentralen Akteuren eine konstruktive und offene Zusammenarbeit aufzubauen.

Ebenfalls Mitte Jahr nahmen wir die „Ärgerbox öV“ auf unserer Homepage in Betrieb. Dort können alle Barrieren und Hindernisse melden, die Menschen mit Behinderung die Benutzung des öffentlichen Verkehrs erschweren. Wir sammeln die Rückmeldungen und leiten sie an die zuständigen Stellen weiter. Erfreulicherweise wird die „Ärgerbox öV“ benutzt. Einige gemeldete Missstände können wegen der geltenden Übergangsfristen nicht sofort behoben werden, andere brachten wir beim Amt für öffentlichen Verkehr (z.B. Flughafenzubringer Bahnhof Belp), bei der BLS (Schiebetritte und Informationssystem für Sehbehinderte) und bei den Sehbehindertenorganisationen (z.B. Ansage Ausstiegsseite) ein.

## 2.5 Arbeitsintegration

Der Vorstand setzte das Thema Arbeitsintegration auf die Traktandenliste der Juni-Mitgliederversammlung. Anhand von Praxisbeispielen diskutierten die Teilnehmenden Erfolgsfaktoren und Stolpersteine für die berufliche Integration. In einem nächsten Schritt will sich der Vorstand vertieft mit der Frage befassen, was die kbk tun kann, um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Für diese Diskussion hat er sich einen halben Tag im März 2013 reserviert.

# 3 Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

## 3.1 Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, ist die Vernetzung mit Behörden, Verwaltung, Politik und Verbänden unabdingbar. Unsere politischen Themen bildeten Gegenstand von zahlreichen informellen Gesprächen und offiziellen Meetings mit BehördenvertreterInnen und politischen VerantwortungsträgerInnen. Bereits Tradition ist die Zusammenkunft mit Regierungsrat Philippe Perrenoud und seinen Mitarbeitenden. Unsere Stellungnahme zur Sonderpädagogikverordnung war Anlass für eine intensive Diskussion. Deutlich wurde, dass der Gleichstellungsgedanke in der Verwaltung wenig verankert ist. Der Vorstand trifft sich regelmässig mit dem ALBA, um gemeinsame Themen vertieft diskutieren zu können. Schwerpunkte bildeten die Sonderpädagogik und die Umsetzung des Behindertenkonzepts bzw. der Behindertenbericht. Die Gespräche bieten die Möglichkeit, unsere Anliegen frühzeitig zu deponieren.

Mit Regierungsrat Christoph Neuhaus und seinen Mitarbeitenden diskutierten wir, wie der **anpassbare Wohnungsbau** im Kanton Bern gesetzlich verankert werden kann. Er riet uns zu einem politischen Vorstoss. Zusätzlich wird die Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion (JGK) ihre Gefässe nutzen, um die Gemeinden fürs behindertengerechte Bauen zu sensibilisieren.

Zusätzlich zu den Begleit- und Arbeitsgruppen Umsetzung des Behindertenkonzepts, Strategie Sonderschule 2010-2015 und Zukunft Bahnhof Bern wirkten VertreterInnen der kbk in einer Arbeitsgruppe mit, die Hilfestellungen, Grundlagen und Standards erarbeitete für den Umgang mit **freiheitsbeschränkenden Massnahmen**. Die Institutionen sollen diesbezüglich handlungsfähiger und v.a. handlungssicherer werden. Schliesslich erhielt die kbk die Gelegenheit, im Rahmen einer Konsultation Rückmeldungen zum Entwurf der Arbeitsgruppe zu geben. Positiv zu vermelden ist, dass die Anliegen

der Menschen mit einer Behinderung sehr ernst genommen wurden. Auch in der Arbeitsgruppe, die das Instrument für den französischsprachigen Kantonsteil adaptierte, war die kbk kompetent vertreten. Zusätzlich führten wir Gespräche mit Socialbern, Lebe, dem Verband der Bernischen SchulleiterInnen und Avenir Social. Ziel all dieser Gespräche ist es, sich gegenseitig über Positionen zu informieren und gemeinsame Anliegen zu koordinieren.

### 3.2 Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying

In unserer **Stellungnahme zum Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2014-2017** plazierten wir konkrete Anliegen, damit der im Angebotskonzept formulierte Grundsatz, der öffentliche Verkehr sei möglichst behindertenfreundlich zu gestalten, tatsächlich umgesetzt wird. Insbesondere forderten wir ein Betriebskonzept, welches die Frage klärt, wie Fahrzeuge und Infrastruktur aufeinander abgestimmt werden müssen, damit an möglichst vielen Bahnhöfen die spontane Zugänglichkeit in die S-Bahn Bern sicher gestellt ist.

Unsere Vorstandsfrau Béatrice Stucki reichte zwei parlamentarische Vorstösse ein. In ihrer Motion „Grundlagen schaffen, damit selbstständiges Wohnen Tatsache wird!“ forderte sie den Regierungsrat auf, den **anpassbaren Wohnungsbau** im Kanton Bern gesetzlich zu verankern. In der November-session überwies der Grosse Rat den Vorstoss, leider nur als unverbindliches Postulat.

Bereits Ende 2010 wehrte sich die kbk mit einem Schreiben ans ALBA gegen die Erhöhung der **Kostgeldbeiträge in Kinder- und Jugendinstitutionen**. Da das ALBA seine Haltung nicht korrigierte, reichte Béatrice Stucki im Frühling eine Interpellation ein. Sie wollte wissen, ob die Kostgeldbeiträge die Budgets von Familien mit einem behinderten Kind übermässig belasten. Erwartungsgemäss verfügte die Verwaltung über keine genauen Zahlen; leider ist der Regierungsrat weder bereit, die Erhöhung rückgängig zu machen, noch ist er bereit, Massnahmen zu ergreifen, um Härtefälle zu verhindern.

In der Januar- und in der Novembersession behandelte der Grosse Rat Geschäfte von behindertenpolitischer Bedeutung. Entsprechend informierten wir die GrossrätInnen über unsere Haltungen.

Auf nationaler Ebene führt der Verein „Nein zum Abbau der IV“ eine engagierte Kampagne gegen das **zweite Massnahmenpaket der 6. IV Revision**. Als Unterstützungsmitglied bildete die kbk das Verbindungsglied zwischen unsern Mitgliedern und dem Verein. Wir leiteten Informationen weiter und vermitteltem dem Verein Betroffene für ihr Lobbying.

### 3.3 Öffentlichkeitsarbeit

Die kbk äusserte sich im vergangenen Jahr gegenüber den Medien mit zwei Medienmitteilungen. Wir informierten die Medien

- über unsere Kritik an der Sonderpädagogikverordnung (hier resultierten Artikel in der Berner Zeitung und im Bund)
- über unsere ablehnende Haltung gegenüber den Sparmassnahmen bei der Psychiatrieversorgung.

Nach dem Entscheid des Regierungsrates zur Personalie Strik forderten Christa Schwab und Gerhard Schmutz mit einem Leserbrief in der Bernerzeitung und im Bund, dass sich alle Beteiligten darauf konzentrieren, die Psychiatrieversorgung weiterzuentwickeln und den beschlossenen Grundsatz „ambulant vor stationär“ zügig umzusetzen.

### 3.4 Vernetzung mit Behindertenorganisationen

Die kantonalen Behindertenkonferenzen und ähnliche Zusammenschlüsse aus der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz trafen sich zwei Mal zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. Erfreulicherweise nimmt die Zahl der Teilnehmenden laufend zu, weil in immer mehr Kantonen Behindertenkonferenzen entstehen. Hauptthema war dieses Jahr die Vorbereitung einer Tagung. Wir wollen mit den übrigen Behindertenorganisationen diskutieren, mit welchen Massnahmen die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in den Kantonen gestärkt werden kann.

## 4 Interna

### 4.1 Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen

Ein wichtiges Gefäss für den Kontakt mit den Mitgliedern und für die Meinungsbildung ist die Mitgliederversammlung. Im März informierte uns der Präsident des Kampagnenvereins „Nein zum Abbau der IV“ über den Stand des Geschäfts im Parlament, über die Haltung der Behindertenorganisationen zum zweiten Massnahmenpaket der 6. IVG-Revision und über die geplante Kampagne. Im Juni beschäftigten wir uns gemeinsam mit Gästen mit Erfolgsfaktoren und Stolpersteinen bei der beruflichen Integration. An der September-Sitzung diskutierten wir mit den Mitgliedern, was die kbk dazu beitragen kann, dass der Systemwechsel im Bereich Erwachsene Behinderte tatsächlich geschieht. Im November informierte uns Caroline Hess-Klein über die Uno-Behindertenrechtskonvention, über den Stand der Ratifizierung und über die von Egalité Handicap geplante Kampagne. Wie gewohnt informierte der Vorstand an den Mitgliederversammlungen über die Aktivitäten der kbk, zudem nahm die Mitgliederversammlung André Lüthy als Einzelmitglied auf. Ausgetreten sind Equilibrium und die Regionalgruppe Bern des Berufsverbands Rhythmik.

Eine Mitgliederorganisation regte an, dass die kbk ein Informations- und Austauschgefäss für Fachorganisationen schaffen soll, die in der Sozialberatung von Menschen mit Behinderung tätig sind. Eine erste Sitzung fand im November statt, die Idee stösst auf grosses Interesse, das Gefäss wird deshalb weiter geführt.

Die Zusammenarbeitssitzung der Behindertenkonferenzen im Kanton Bern löste sich im März auf, die Kontakte sind etabliert und die Informationen fliessen. Sitzungen werden bei Bedarf organisiert.

Mit regelmässigen Rundmails informierte Christa Schwab die Mitgliederorganisationen über sozialpolitische und gleichstellungsrelevante Entscheide, Grundlagen, Ereignisse und Veranstaltungen auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Rundmails erschienen 24 Mal.

### 4.2 Vorstand

Der Vorstand traf sich zu sieben Sitzungen. Schwerpunkte bildeten selbstverständlich die politischen Themen. Zusätzlich bereitete der Vorstand im vergangenen Jahr vier Mitgliederversammlungen vor. Mit Freude nahm der Vorstand die sehr positiven Resultate der Mitgliederumfrage zur Kenntnis. Offensichtlich wird die Arbeit der kbk von den Mitgliederorganisationen durchwegs geschätzt.

## 5 Dank

### 5.1 Mitarbeit

Der Vorstand und die Geschäftsstelle bedanken sich bei all den engagierten Menschen und den Organisationen, die einen Teil ihrer Zeit und ihres Fachwissen der kbk widmeten. Ohne dieses grosse Engagement könnte die kbk niemals alle genannten behindertenpolitischen Themen abdecken. Namentlich erwähnen möchten wir all diejenigen, die in einer Arbeitsgruppe oder im Vorstand mitarbeiteten.

- *Vorstand:* Barbara Aeschbacher, Lukas Hohl, Kurt Meier (Präsident), Käthi Rubin, Josef Stadelmann, Béatrice Stucki.
- *AG Sonderpädagogik:* Barbara Aeschbacher, Kathrin Bodmer, Ursula Beck, Yvonne Brütsch, Martina Nydegger
- *Kerngruppe Psychische Gesundheit:* Christa Schwab, Lukas Hohl, Daniela Lutz, Ester Maaouia-Brancher, Susanna Regli, Hasim Sancar, Gerhard Schmutz, Regula Thommen, Silvia Wicky
- *Bahnhof Bern:* Herbert Bichsel, Yvonne Brütsch, Pierre Chanez, Marc Fehlmann, Anton Scheidegger

- *VertreterInnen der kbk in Begleit-, Arbeits- und Fachgruppen - Umsetzung Behindertenkonzept:* Yvonne Brütsch, Kurt Meier, Josef Stadelmann; *Umsetzung Strategie Sonderpädagogik 2010-2015:* Barbara Aeschbacher, Yvonne Brütsch, Ursula Meier-Beck; *Freiheitsbeschränkende Massnahmen:* Lukas Hohl, Cornelia Nater, Jean-François Mottaz.

Herzlichen Dank an alle, die uns auf behindertenpolitische Problemstellungen und Missstände aufmerksam machten. Diese Hinweise bilden eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit.

Ein besonderer Dank gebührt den Diskussionsteilnehmenden und Referierenden, die mit ihren Impulsen unsere Mitgliederversammlungen bereicherten – namentlich sind dies Daniel Pulver, André Tobler, Ina Osthagen und Caroline Hess-Klein.

Ebenfalls dankend zu erwähnen ist der Früherziehungsdienst des Kantons Bern, sein Mitarbeiter, Rolf Landolt, führte die Buchhaltung der kbk zuverlässig und sorgfältig. Ein Dankeschön geht auch an die Pro Infirmis des Kantons Bern: Sie führte verschiedene Versände durch.

## **5.2 Finanzielle Unterstützung**

Die Pro Infirmis Kanton Bern unterstützte uns mit einem grosszügigen Projektbeitrag aus dem Innovationsfonds. Freiwillige Beiträge leisteten die Beratungs- und Rehabilitationsstelle für Sehbehinderte und Blinde des Kantons Bern BRSB und der Kantonal-bernische Hilfsverein für psychisch Kranke. Vielen Dank!

## **5.3 Zusammenarbeitspartner**

Danken möchten wir auch all unseren Zusammenarbeitspartnern. Besonders zu erwähnen sind die Mitarbeitenden der GEF, der ERZ, der JGK und der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE). Sie haben unseren Anliegen ein offenes Ohr geliehen, unsere Fragen beantwortet, uns wichtige Grundlagen für unsere Meinungsbildung geliefert und mitgeholfen, Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen zu realisieren. Genauso wie die GrossrätInnen, die unsere Anliegen aufnahmen und auf politischer Ebene vertraten. Ebenfalls bedanken wir uns bei unserem Unterleistungsvertragspartner Integration Handicap für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bundesamt für Sozialversicherungen.

*Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin*  
Burgdorf, im Januar 2013